

Jugendamt - Erziehungshilfe -

Jahresbericht 2022

**für das wesentliche Produkt 363-005
Eingliederungshilfe gemäß § 35a SGB VIII**

Inhalt

A. Einleitung	3
B. Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen, Controlling	4
Ziele	4
Maßnahmen	4
Kennzahlen	4
Controlling	5
C. Finanzen	7
D. Personal	8
E. Hilfeformen - Daten & Statistik, Entwicklungen	8
Eingliederungshilfe gemäß § 35a SGB VIII - Daten & Statistik	8
Eingliederungshilfe gemäß § 35a SGB VIII - Entwicklungen	11
F. Fazit und Ausblick	11
Fazit	11
Ausblick	13

A. Einleitung

Kinder und Jugendliche, die seelisch behindert oder die von einer solchen Behinderung bedroht sind und deren Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist oder deren Teilhabebeeinträchtigung zu erwarten ist, haben einen Rechtsanspruch auf Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII. Die Hilfeleistungen für junge Volljährige können bei einer (drohenden) seelischen Behinderung ebenfalls gemäß § 41 SGB VIII als Eingliederungshilfe ausgestaltet werden.

Der Gesetzgeber präziserte mit der Einführung des SGB IX die Anspruchsvoraussetzungen auf Eingliederungshilfe nach dem SGB VIII und stellte hierbei insbesondere auf die Zweigliedrigkeit des Behinderungsbegriffs ab.

Im Rahmen eines zweistufigen Verfahrens wird ein Leistungsanspruch festgestellt:

1. durch die ärztliche Prüfung der Abweichung der seelischen Gesundheit vom alterstypischen Zustand und
2. durch die Begutachtung der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft.

Im Landkreis Hildesheim wird die zweigliedrige Prüfung einerseits durch die Fachärzte, andererseits durch die sozialpädagogischen Fachkräfte flächendeckend durchgeführt.

Im Rahmen der Prüfung der Abweichung der seelischen Gesundheit ist eine fachliche Stellungnahme eines Kinder- und Jugendpsychiaters erforderlich, aus der hervorgeht, dass die seelische Gesundheit des jungen Menschen mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für sein Lebensalter typischen Zustand abweicht. Für diese Feststellung hat der Gesetzgeber folgende drei Rahmenbedingungen festgelegt:

- Erstellung der Diagnose einer Störung auf Grundlage der Internationalen Klassifikation der Krankheiten vom Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information (ICD-10)
- Benennung der Personen/Berufsgruppen, die Stellungnahmen zur Abweichung erstellen können
- Trennung von feststellender/diagnostizierender und hilfebringender Institution

Wurde nach dem im 1. Punkt genannten Verfahren die seelische Beeinträchtigung festgestellt, prüft gemäß dem 2. Punkt die sozialpädagogische Fachkraft des Jugendamtes auf Grundlage verschiedener Methoden der Informationsgewinnung zu den Lebensbereichen Familie, Schule, Freizeit und Persönlichkeit des Kindes und nach Maßgabe des Hilfeplans, ob eine Teilhabebeeinträchtigung des jungen Menschen am Leben in der Gesellschaft vorliegt oder zu erwarten ist.

In Verantwortung und unter Federführung des Jugendamtes erfolgt eine Abwägung/Kausalitätsprüfung der relevanten Aspekte auf der Grundlage der fachlichen Stellungnahme des Kinder- und Jugendpsychiaters und der sozialpädagogischen Diagnostik und eine Entscheidung über Art und Ausgestaltung der Hilfe nach § 35a SGB VIII. Die Regelungen des SGB IX zur Eingliederungshilfe sind zu beachten.

Nach abschließender Feststellung eines Leistungsanspruchs durch die sozialpädagogische Fachkraft des Jugendamtes wird eine Hilfe nach individuellem Bedarf des jeweiligen Einzelfalls in ambulanter, teilstationärer und/oder stationärer Hilfeform geleistet. Der vorliegende Jahresbericht legt dar, wie diese Angebote von jungen Menschen in Anspruch genommen werden.

Zu dem wesentlichen Produkt 363-005 Eingliederungshilfe gemäß § 35a SGB VIII

- ambulante Eingliederungshilfe
- teilstationäre Eingliederungshilfe
- stationäre Eingliederungshilfe

B. Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen, Controlling

Aufgaben und Ziele

Die Eingliederungshilfe hat zwei Aufgaben:

1. Vorbeugend soll sie vor Eintritt einer Behinderung ansetzen und eine drohende Behinderung verhindern, so dass der Prozess des Entstehens einer seelischen Behinderung mit daraus resultierenden Schwierigkeiten bei der Eingliederung in der Gesellschaft möglichst unterbrochen und gestoppt wird.
2. Die Eingliederungshilfe setzt bei der bereits eingetretenen Behinderung an, um die Beeinträchtigung zu beseitigen oder zu mildern und um die Integration des behinderten jungen Menschen in die Gesellschaft zu leisten.

Zur Erfüllung dieses Auftrags werden im Jugendamt - Erziehungshilfe - folgende Sachziele verfolgt:

- Vorbeugend soll die Eingliederungshilfe bereits vor Eintritt einer seelischen Behinderung ansetzen, schon wenn diese droht einzusetzen, so dass der Prozess des Entstehens einer seelischen Behinderung mit daraus resultierenden Schwierigkeiten bei der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft möglichst unterbrochen wird.
- Bei bereits eingetretener Behinderung soll die Hilfe die Beeinträchtigung beseitigen oder mildern und um die Integration des behinderten jungen Menschen in die Gesellschaft zu leisten.
- Die Steuerung und die Wirksamkeitsüberprüfung der Eingliederungshilfe erfolgen durch ein qualifiziertes Fach- und Finanzcontrolling der ambulanten, teilstationären und stationären Maßnahmen.
- Die Bearbeitung der Sozialleistungen erfolgt in zeitgemäßer Weise, frei von Barrieren, umfassend und zügig (§ 17 Abs. 1 SGB I).

Maßnahmen

Zur Erfüllung des individuellen Rechtsanspruchs der Kinder und Jugendlichen sowie jungen Volljährigen sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- ausführliche und gründliche Beratung beim Falleingang,
- gesicherte, standardisierte, formale Überprüfung der fachärztlichen Stellungnahme,
- gründliche vor Ort Prüfung der Teilhabebeeinträchtigung,
- Kausalitätsprüfung und
- in jedem Fall Durchführung einer standardisierten Hilfeplanung.

Sicherstellung eines angemessenen Informationsflusses (z. B. Teambesprechungen, Newsletter) zwischen den verschiedenen Ebenen (Dezernatsleitung, Amtsleitung, Teamleitung, Mitarbeiter) sowie vorausschauende Personalbedarfsplanung erhöhen die Beschäftigtenzufriedenheit.

Initiierung und Planung von Kooperationsprojekten mit angrenzenden Rechtsgebieten und Institutionen zur Abstimmung von Konzepten für die Schaffung bedarfsgerechter struktureller Angebote.

Planung und Durchführung von Präventionsprojekten, insbesondere mit den Schulen; gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen.

Kennzahlen

Die nachfolgenden Kennzahlen werden nach Grundkennzahlen (GK) und Zielkennzahlen (ZK) unterschieden. Die Grundkennzahlen geben die in Anspruch genommene Anzahl an Hilfen wieder. Die Zielkennzahlen legen dar, welche Quote/Anzahl in einzelnen Bereichen geplant war und wie diese entsprechend zum Jahresende ausgefallen ist.

Seit dem Jahresbericht 2018 erfolgt die Auswertung der Fallzahlen nach IBN-Logik, die in der Bundesstatistik, wie auch bei der Integrierten Berichterstattung Niedersachsen (IBN), die Gängigste ist. Gezählt werden nicht mehr einfache Stichtagszahlen. Einfache Stichtagszahlen haben zwar den Vorteil, ein reales, tagesaktuelles Bild abzuliefern. Sie haben jedoch auch den Nachteil, Schwankungen im Jahresverlauf zu unterliegen und nicht die tatsächlich geleistete Fallzahl abzubilden. Für die Fallzahl nach IBN-Logik werden die zum Ende eines Jahres andauernden Hilfen (Stichtag 31.12.) sowie die im Laufe des Jahres beendeten Hilfen gezählt.

		Plan 2022	Ist 2022
G-363-005-001	gewährte ambulante Hilfen (Anzahl)	1.100	1.130
G-363-005-002	gewährte teilstationäre Hilfen (Anzahl)	15	9
G-363-005-003	gewährte stationäre Hilfen (Anzahl)	90	77
G-363-005-004	Gesamtaufwand für Schulbegleitung (EUR)	3.933.100	4.739.846
G-363-005-005	Fallzahl Schulbegleitung (Anzahl)	200	233
G-363-005-008	Schulbegleitungsaufwendungen pro Fall aus Vor - Vorjahr (EUR)	18.754	18.754
G-363-005-009	Schulbegleitungsaufwendungen pro Fall im aktuellen Jahr (EUR)	19.666	20.343
ZK-363-005-301	Beschäftigtenzufriedenheit (Schulnote)	2	.*

* Keine aussagekräftigen Informationen vorhanden; die letzte Befragung seitens des Personal- und Organisationsamtes wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Das Amt 406 führt selbständig Umfragen zur Mitarbeiterzufriedenheit durch.

Controlling

Als Steuerungsmaßnahmen der Eingliederungshilfe im Landkreis Hildesheim wurden im Projekt *Wirkung durch Steuerung* (kurz: *WISE*) im Jahr 2014 Maßnahmen und Verabredungen zur Durchführung dargelegt. Damit wurde das Ziel verfolgt, die im Haushaltsplan formulierten Ziele für dieses wesentliche Produkt zu erreichen sowie den umfassenden gesetzlichen Auftrag des § 35a SGB VIII einheitlich zu erfüllen.

Mit dem Konzept *Wirkung durch Steuerung* wird nach wie vor das Ziel verfolgt, die fachliche Arbeit unter Berücksichtigung des jeweiligen Einzelfalls einheitlich zu steuern. Bis 2019 wurde zur Qualitätsentwicklung im Jugendamt - Erziehungshilfe - in einem umfassenden Reflexionsprozess auf Teamleitungsebene zur Aktualisierung von *WISE* hilfe- und maßnahmenübergreifend die fachlichen Mindeststandards in dem *WISE-Ablaufschema Hilfe zur Erziehung-Eingliederungshilfe* (kurz: *WISE_HzE-EGH*) zusammengefasst. In diesem Ablaufschema werden tabellarisch die jeweiligen Prozessschritte dargestellt und die Standards sowie die entsprechenden Instrumente für die Fallbearbeitung aufgeführt. Bezüglich des Fachverfahrens *KDO-Jugendwesen* werden die parallel erforderlichen Aufgaben beschrieben. Weiterhin erfolgt ein allgemeiner Hinweis auf die ausführlichen Qualitätsbeschreibungen sowie auf die relevanten internen Dienstanweisungen. Die Umsetzung der *WISE*-Standards erfolgt durch die Mitarbeitenden des Amtes 406 und ist durch die Teamleitungen in den Jugendhilfestationen/Fachteams sicherzustellen. Die Teamleitungen verantworten die Vollständigkeit der Unterlagen, die Plausibilität der Entscheidung sowie die Einhaltung der *WISE*-Standards im Rahmen der Fach- und Dienstaufsicht. Die Einhaltung und Weiterentwicklung der *WISE*-Standards wird auch im Rahmen des Fach- und Finanzcontrollings gewährleistet und ist ggf. Thema in der Steuerungsgruppe der Amtsleitung bzw. in der Teamleitungs-Dienstbesprechung.

Durch die weitreichenden Auswertungsmöglichkeiten aus dem Fachverfahren *KDO-Jugendwesen* gewonnenen Falldaten stehen in Verbindung mit den aus *newsystem* zu entnehmenden Finanzdaten umfangreiche Steuerungsgrundlagen zur Verfügung. Hierdurch wird die Etablierung eines tragfähigen Controllings möglich.

Seit dem 01.01.2019 wird als zusätzliches Steuerungsinstrument ein monatlicher Controllingbericht erstellt. In diesem Bericht werden u. a. die monatlichen Fallzahlen der einzelnen Hilfearten des Produktes "Eingliederungshilfe gemäß § 35a SGB VIII" sowohl insgesamt als auch differenziert für die einzelnen Jugendhilfestationen dargestellt. So lässt sich sowohl die Gesamtentwicklung innerhalb eines Jahres, als auch die Entwicklung der einzelnen Teams ableiten.

Auf Basis dieser Hintergrundinformationen in Form von Fallzahlen und Grafiken können Auffälligkeiten kenntlich gemacht und näher betrachtet werden. Bei Bedarf können auch weitere Indikatoren und Daten für einen bestimmten Bereich oder eine bestimmte Hilfeart ermittelt und analysiert werden.

C. Finanzen

In nachfolgender Übersicht wird die Ergebnisrechnung für den Haushalt 2022 bezüglich des wesentlichen Produktes 363-005 Eingliederungshilfe aufgelistet.

Ergebnisrechnung für das Produkt 363-005 Eingliederungshilfe

Pos.	Name	Ergebnis 2021 in €	Ansatz 2022 in €	Ergebnis 2022 in €	Vergleich Ansatz/Ergebnis 2022
Ordentliche Erträge					
00.	Ergebnishaushalt	0	0	0	0
01.	Ordentliche Erträge	0	0	0	0
01.01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	163.880	170.000	164.709	-5.291
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	0	0
01.04	+ sonstige Transfererträge	304.500	360.400	300.876	-59.524
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	-660	-660
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	210	0	0	0
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	506.045	191.700	555.819	364.119
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	0	0
01.09	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
01.10	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	58	0	0	0
01.12	= Summe ordentliche Erträge	974.693	722.100	1.020.744	298.644
02.	Ordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
02.01	- Personalaufwendungen	2.056.370	2.418.800	2.492.699	73.899
02.02	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	55.544	67.400	58.873	-8.527
02.04	- Abschreibungen	0	0	0	0
02.05	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
02.06	- Transferaufwendungen	10.917.947	11.394.400	12.080.575	686.175
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	52.996	98.300	35.028	-63.272
02.08	- Überschuss gem. § 15 Abs. 5 GemHKVO	0	0	0	0
02.09	= Summe ordentliche Aufwendungen	13.082.857	13.978.900	14.667.175	688.275
03.	= Ordentliches Ergebnis (ohne Ziffer 02.08)	-12.108.164	-13.256.800	-13.646.431	-389.631
Außerordentliches Ergebnis					
04.01	+ außerordentliche Erträge	0	0	0	0
04.02	- außerordentliche Aufwendungen	314	0	0	0
04.03	- Überschuss gem. § 15 Abs. 6 GemHKVO	0	0	0	0
04.04	= Außerordentl. Aufwend. u. Überschuss	-314	0	0	0
04.05	= Außerordentliches Ergebnis (ohne Ziffer 04.03)	-314	0	0	0
05.	Jahresergebnis	-12.108.478	-13.256.800	-13.646.431	-389.631
06.	- Summe Jahresfehlbeträge aus Vorjahr(en)	0	0	0	0
07.	Saldo nach Berücksichtigung d. Jahresfehlbeträge	-12.108.478	-13.256.800	-13.646.431	-389.631
Ergebnis aus internen Leistungsbeziehungen					
08.01	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	86.184	96.300	100.500	4.200
08.03	Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-86.184	-96.300	-100.500	-4.200
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-12.194.662	-13.353.100	-13.746.931	-393.831

D. Personal

Mit der Erledigung der Aufgaben des Jugendamtes - Erziehungshilfe - sind zum 31.12.2022 insgesamt

- 105 sozialpädagogische Fachkräfte und
- 44 Verwaltungsfachkräfte

beträut.

E. Hilfeformen - Daten & Statistik, Entwicklungen

Eingliederungshilfe gemäß § 35a SGB VIII - Daten & Statistik

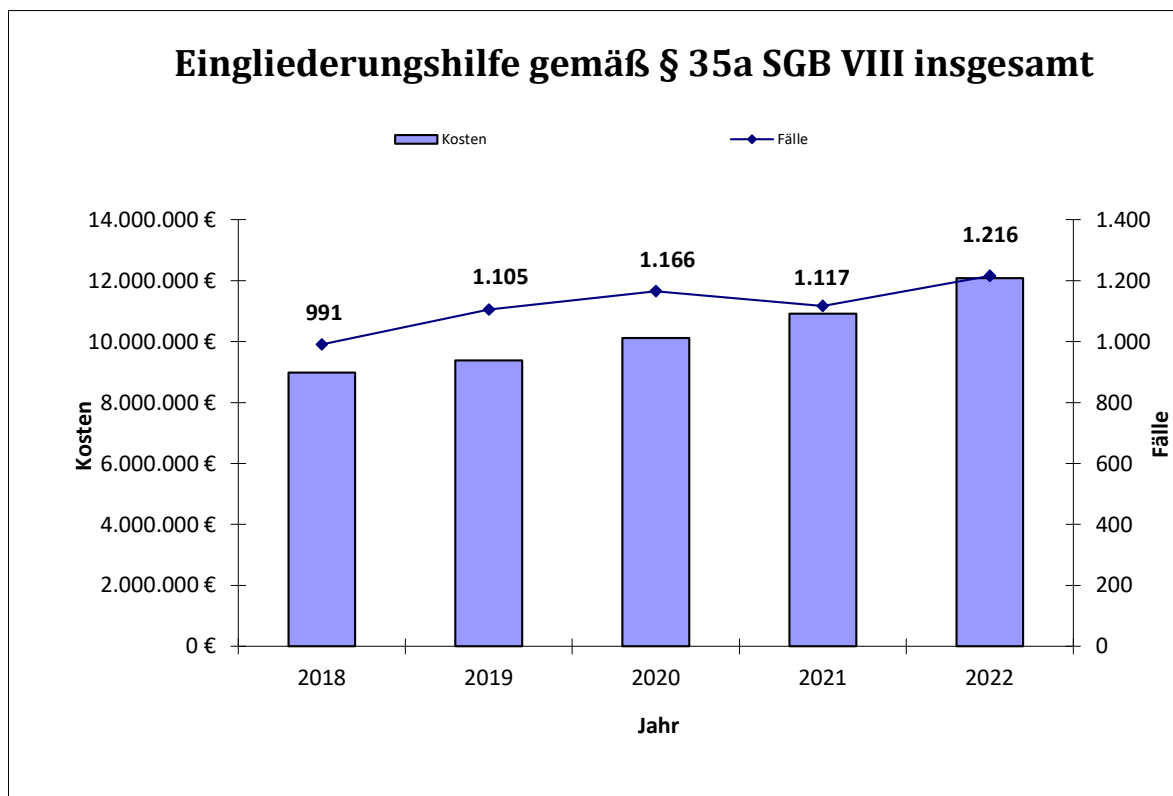
Nachfolgend werden die Fallzahlen und Gesamtbruttokosten für die Eingliederungshilfe aufgelistet. Die Kosten wurden zum Stichtag 31.12. erfasst.

Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019	Ergebnis 2020	Ergebnis 2021	Ergebnis 2022
amb. Eingliederungshilfe (§ 35a SGB VIII)	897	1004	1070	1011	1130
davon Schulassistentz	159	171	194	180	233
Kosten	4.679.898 €	4.801.334 €	4.913.254 €	5.356.962 €	6.428.552 €
davon Kosten Schulbegleitung	3.490.481 €	3.677.244 €	3.638.349 €	3.978.347 €	4.739.846 €
teilstationäre Eingliederungshilfe (§ 35a SGB VIII)	12	8	9	13	9
teilstationäre Eingliederungshilfe Vollj. (§ 35a SGB VIII)	0	0	0	0	0
Kosten	387.283 €	229.490 €	247.880 €	323.059 €	333.060 €
stationäre Eingliederungshilfe (§ 35a SGB VIII)	49	52	49	55	45
stat. Eingliederungshilfe Volljährige	33	41	38	38	32
Kosten	3.916.671 €	4.358.615 €*	4.964.179 €*	5.237.926 €	5.318.963 €
Summe der Fälle	991	1.105	1.166	1.117	1.216
Gesamtkosten	8.983.852 €	9.389.439 €* 	10.125.312 €* 	10.917.947 €	12.080.575 €
Summe Kosten je Fall	9.065 €	8.497 €	8.684 €	9.774 €	9.935 €
Kostensteigerung gegenüber Vorjahr	1.105.374 €	405.587 €	735.873 €	792.635 €	1.162.628 €
Kostensteigerung in %	14,03	4,51	7,84	7,83	10,65
Fallzahlenanstieg gegenüber Vorjahr	292	114	61	-49	99
Fallzahlenanstieg in %	41,77	11,50	5,52	-4,20	8,86

- Seit 2018 erfolgt die Fallzahlermittlung nach IBN-Logik (Stichtag 31.12. sowie die im Laufe des Jahres beendeten Hilfen).

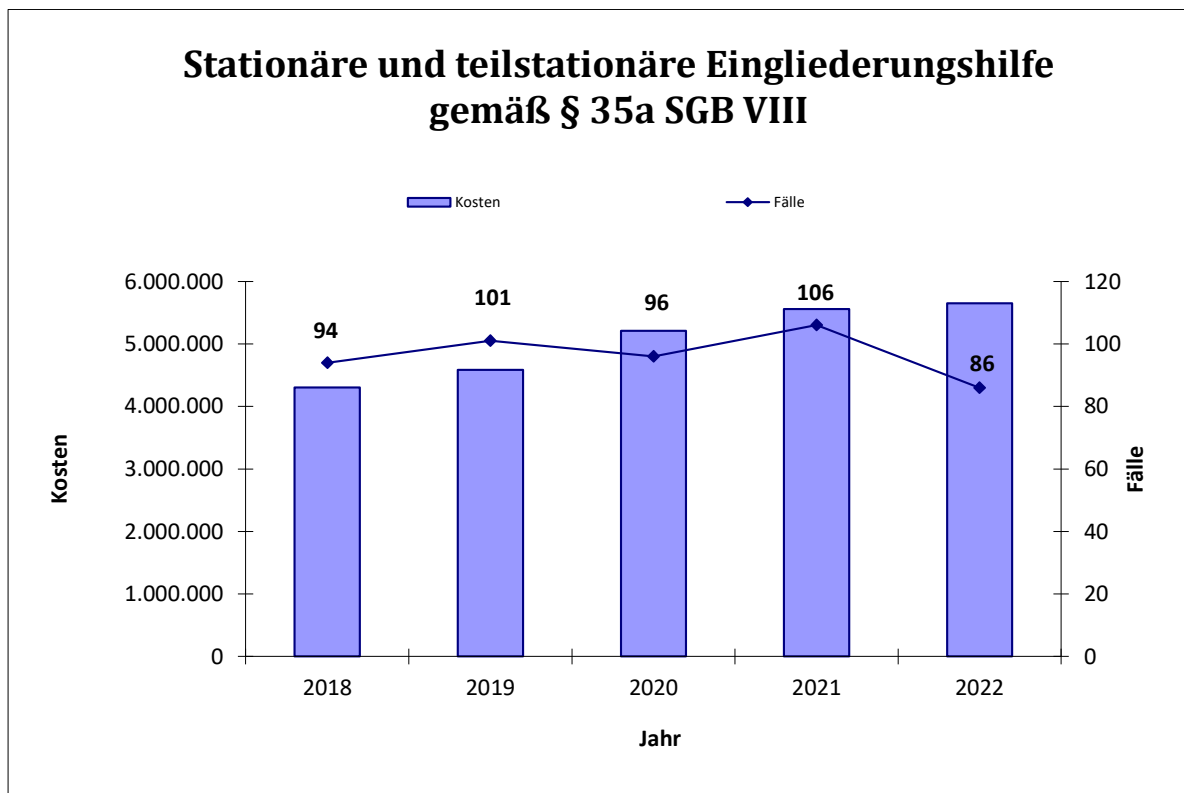
- *Abweichung vom Rechnungsergebnis: Korrektur einer periodenfremden Ausgleichsbuchung i. H. v. 558.408 € (erfolgt in 12/2019 statt in 01/2020)

Das nachfolgende Diagramm zeigt die Entwicklung der Kosten im Verhältnis zu der Fallzahl im Bereich der gesamten Eingliederungshilfe:



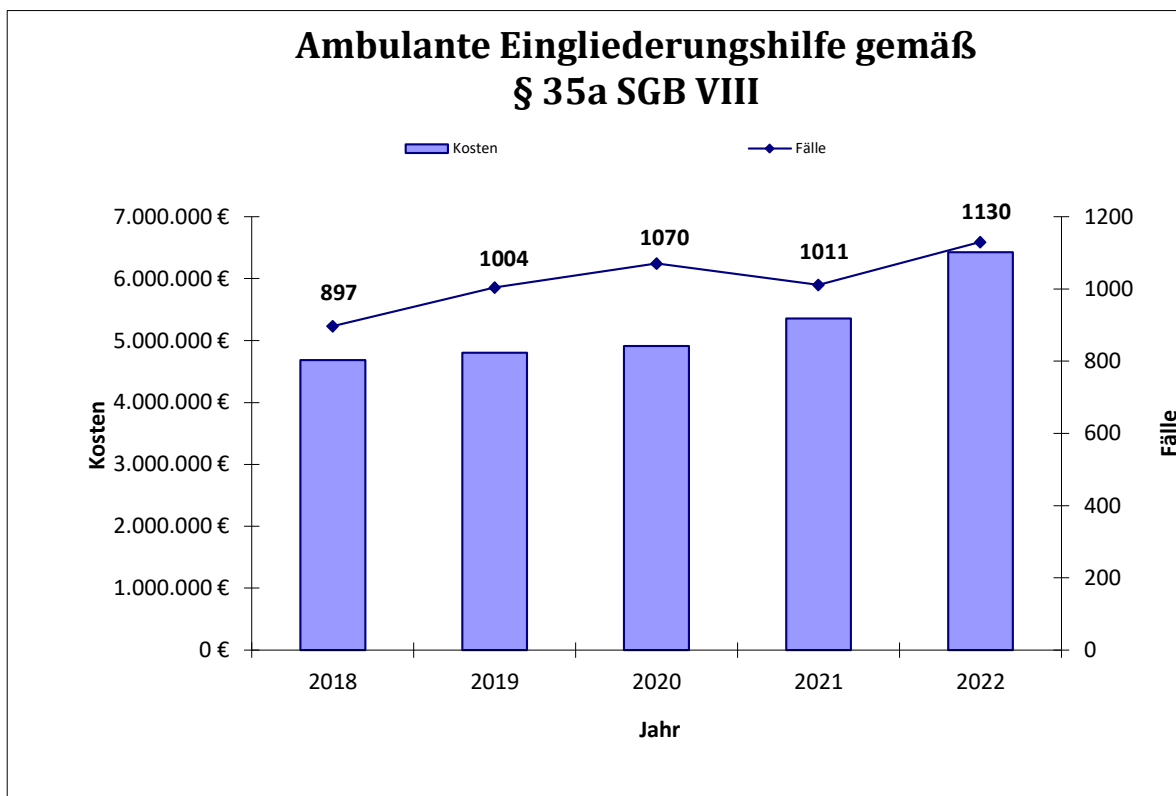
Seit 2018 erfolgt die Fallzahlermittlung nach IBN-Logik (Stichtag 31.12. sowie die im Laufe des Jahres beendeten Hilfen).

Das nachfolgende Diagramm zeigt die Entwicklung der Kosten im Verhältnis zu der Fallzahl im Bereich der stationären und teilstationären Eingliederungshilfe:



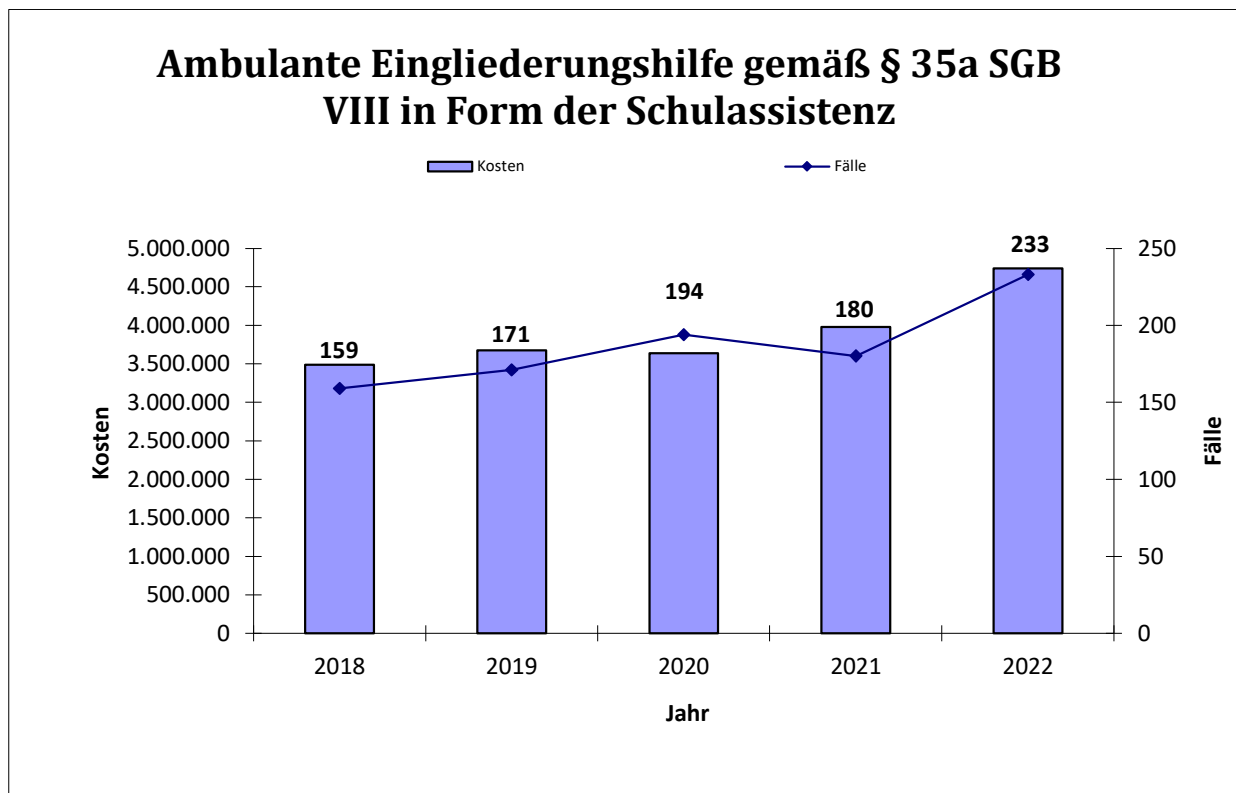
Seit 2018 erfolgt die Fallzahlermittlung nach IBN-Logik (Stichtag 31.12. sowie die im Laufe des Jahres beendeten Hilfen).

Das nachfolgende Diagramm zeigt die Entwicklung der Kosten im Verhältnis zu der Fallzahl im Bereich der ambulanten Eingliederungshilfe:



Seit 2018 erfolgt die Fallzahlermittlung nach IBN-Logik (Stichtag 31.12. sowie die im Laufe des Jahres beendeten Hilfen).

Das nachfolgende Diagramm zeigt die Entwicklung der Kosten im Verhältnis zu der Fallzahl im Bereich der ambulanten Eingliederungshilfe differenziert in der Form der Schulassistenz:



Seit 2018 erfolgt die Fallzahlermittlung nach IBN-Logik (Stichtag 31.12. sowie die im Laufe des Jahres beendeten Hilfen).

Eingliederungshilfe gemäß § 35a SGB VIII - Entwicklungen

Für die Erstellung der Jahresberichte wird die Auswertung der Fallzahlen seit dem Jahr 2018 nach einer Logik durchgeführt, die in der Bundesstatistik wie auch bei der Integrierten Berichterstattung Niedersachsen (IBN) gängig ist und daher künftig die Vergleichbarkeit verbessern soll. Gezählt wird seit 2018 nicht mehr die einfache Stichtagszahl, sondern die Fallzahl, die sich aus der Summe der zum Ende eines Jahres andauernden Hilfen (Stichtag 31.12.) sowie der im Laufe des Jahres beendeten Hilfen ergibt.

Insgesamt sind die Fälle der Eingliederungshilfe gemäß § 35a SGB VIII von 1.117 im Jahr 2021 auf 1.216 im Jahr 2022 gestiegen. Dies entspricht einer prozentualen Steigerung von 8,86 %. Ebenso stieg die Anzahl der Schulassistentenfälle von 180 im Jahr 2021 auf 233 im Jahr 2022 (29,44 %).

Die Gesamtkosten für die Eingliederungshilfe gemäß § 35a SGB VIII haben sich mit der Fallzahlensteigerung entwickelt. So stiegen die Aufwendungen um insgesamt 1.162.628 Euro. Das entspricht einer Steigerung der Kosten um 10,65 %. Die Kosten für die Schulassistentenleistungen sind sogar um 19,14 % gestiegen.

Entgegen dem Trend des vorangegangenen Jahres sind die durchschnittlichen Kosten für einen Eingliederungshilfefall in 2022 nur leicht gestiegen (1,64 %; Vorjahr: 12,56 %). Im Jahr 2022 betragen sie 9.935 Euro gegenüber 9.774 Euro im Jahr 2021.

Die Kosten für die ambulanten Eingliederungshilfen erhöhten sich mit steigenden Fallzahlen um 20 %. Diese Kostensteigerung liegt hauptsächlich in den gestiegenen Aufwendungen für die Schulassistentenleistungen sowie deren Fallzahlenanstieg.

Trotz sinkender Fallzahlen (77 in 2022 gegenüber 93 in 2021) in der stationären Eingliederungshilfe sind die Kosten in 2022 gegenüber 2021 auch erneut leicht um 1,55 % gestiegen. Zum einen resultieren die Mehrkosten aus den Mehraufwendungen der freien Träger für Sachkosten und die tariflich bedingt gestiegenen Personalkosten. Zum anderen ist auch eine Zunahme von Einzelfällen zu beobachten, in denen die Leistungsempfänger aufgrund ihrer persönlichen Bedarfe eine über das reguläre Gruppensetting hinausgehende kostenintensive Betreuung benötigen. Aus den diesbezüglich erforderlichen Zusatzleistungen entstehen entsprechende Mehrkosten.

Im Allgemeinen lässt sich feststellen, dass es sich bei allen Hilfeformen um junge Menschen handelt, bei denen meist vielschichtige und spezielle Problemlagen zu verzeichnen sind, die ganz spezifische und individuelle Betreuungs- und Förderkonzepte - mit entsprechender (Kosten-) Intensität - erfordern. Das hat dann leider auch zur Folge, dass bei gleichbleibenden Fallzahlen die Kosten steigen. Hier kann dem Ganzen nur durch Prävention Einhalt geboten werden.

F. Fazit und Ausblick

Fazit

Der vorliegende Jahresbericht legt dar, welche Eingliederungshilfen im Landkreis Hildesheim konkret in Anspruch genommen werden und welche Kosten dabei entstehen.

Die Fallzahlen sind insgesamt um 8,86 % gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Fälle der Eingliederungshilfe nach der IBN-Auswertung von 1.117 im Jahr 2021 auf die Anzahl von 1.216 im Jahr 2022 erhöht. Zwar fehlen noch die Vergleichszahlen der Bundesstatistik, der Landesstatistik und der IBN für das Jahr 2022, jedoch stiegen in den Vorjahren auch in anderen Kommunen die Fallzahlen im Bereich der Eingliederungshilfe kontinuierlich an oder blieben in etwa auf dem gleichen Niveau, jedoch durchschnittlich geringer.

Die Fallzahl der Schulassistenten stieg um 53 Fälle (29,44 %). Die damit verbundenen Kosten im Bereich der Schulassistenten pro Fall sind im gleichen Zeitraum zwar leicht gesunken. Insgesamt kam es aber zu einem Anstieg der Kosten von rd. 762.000 Euro im Vergleich zum Vorjahr.

Das Recht auf inklusive Beschulung wurde in Niedersachsen zum Schuljahresbeginn 2013/2014 eingeführt, wonach Eltern und deren Kinder das Recht haben, bei sonderpädagogischem Förderbedarf eine Sonder- oder aber eine Regelschule zu wählen. Die Strukturqualität der Schulen hat sich jedoch noch nicht in der Form geändert, dass die Rea-

lisierung einer inklusiven Beschulung gelingt. In vielen Fällen ist eine Beschulung der betroffenen jungen Menschen nur mit einer Schulassistenz möglich. Schulassistenz erhalten Schüler*innen aktuell im Rahmen eines individuellen Rechtsanspruches als ambulante Leistung der Eingliederung. Dieser Anspruch besteht gegenüber der Jugendhilfe, nicht gegenüber der Schule. Die Jugendhilfe fungiert hier als *Ausfallbürge*. Im Zuge des Weiteren Ausbaus eines inklusiven Schulsystems im Landkreis Hildesheim ist damit zu rechnen, dass die Nachfragen nach Schulassistenz vorerst nicht abnehmen. Dies bedeutet nach dem aktuellen Finanzierungsmodell einer einzelfallorientierten Schulassistenz, dass weiterhin erhebliche Kosten für die Sozial- und Jugendhilfe anfallen.

Die Eingliederungshilfe verfolgt fachlich das Ziel der *Hilfe zur Selbsthilfe* und die Ermöglichung der *Teilhabe* am Leben in der Gesellschaft. Unter Beteiligung der jungen Menschen und ihrer Eltern findet daher vor jeder Hilfeeinleitung ein ausführliches Gespräch statt und es sind vorrangig die Unterstützungssysteme im Sozialraum, aber auch besonders in der Schule zu nutzen. Die Hilfestellung erfolgt nach einer standardisierten Hilfeplanung mit einem individuell festzulegendem Stundenumfang und einer zeitlichen Befristung.

Um im Bereich der Eingliederungshilfe nach dem SGB VIII Hilfen bedarfsgerecht zu gewähren werden im Jugendamt - Erziehungshilfe - über die Einzelfallarbeit hinaus systematische Maßnahmen zur Bewältigung der Schnittstellenproblematik zwischen Jugend- und Sozialhilfe eingeführt. Organisationsprozesse und Arbeitsabläufe der Bezirkssozialarbeit und der Wirtschaftlichen Jugendhilfe werden aufeinander abgestimmt. Die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit wird intensiviert. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Ämtern zu optimieren, eine fehlerfreie Bearbeitung sicherzustellen und damit einhergehend rechtmäßige Ansprüche von Betroffenen effektiv umzusetzen sowie unberechtigte Forderungen rechtssicher abzulehnen.

Die Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und die Hilfen zu einer angemessenen Schulausbildung, stellen den wesentlichen Anteil an der ambulanten Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII in Verbindung mit dem SGB IX dar. Hier sind insbesondere die heilpädagogische Hilfe und Förderung von Kindern mit Teilleistungsschwächen wie Legasthenie und Dyskalkulie sowie die Bereitstellung einer Schulassistenz zu nennen. Diese Förderung soll dem behinderten oder von einer Behinderung bedrohten jungen Menschen den Schulbesuch im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht ermöglichen oder erleichtern. Eine Schulassistenz wird bezüglich des Umfangs und der Dauer bedarfsgerecht bewilligt. In jedem Fall wird eine Poolbildung geprüft. Im Hinblick auf die Fallzahlenentwicklung zeigen sich hier auch in 2022 immer noch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie.

Im Wesentlichen ist von einer zunehmenden Qualität und Komplexität im Bereich überkreuzter Eingliederungshilfe- und Erziehungshilfebedarfe auszugehen. Das Jugendamt ist häufig konfrontiert mit psychisch kranken Kindern und Jugendlichen, die aufgrund ihrer Beeinträchtigungen einer intensiven und fachlich fundierten Betreuung bedürfen und nicht oder zumindest nicht im ausreichenden Maße im elterlichen Haushalt betreut werden oder in einer eigenen Wohnung leben können. Diese jungen Menschen müssen nach oftmals langwierigen und wiederholten Aufenthalten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in speziellen Einrichtungen untergebracht werden. Nur in seltenen Fällen gelingt eine Rückführung zu den Eltern oder eine Verselbständigung. Oftmals stagniert die Entwicklung aufgrund der chronischen psychischen Beeinträchtigungen, so dass eine Hilfeplanung und -steuerung mit zu erreichenden Zielen nicht oder nur sehr kleinschrittig mit hohem Zeitaufwand möglich ist. Einige junge Menschen bleiben voraussichtlich dauerhaft auf fachliche Hilfe und Betreuung angewiesen. Im Bereich der stationären Eingliederungshilfe liegen die Fallzahlen unter dem Vorjahresniveau, die Kosten steigen aber dennoch. Diese Situation lässt sich u. a. dadurch erklären, dass es sich hier um junge Menschen handelt, bei denen vielschichtige und spezielle Problemlagen zu verzeichnen sind, die ganz spezifische und individuelle Betreuungs- und Förderkonzepte - mit entsprechender (Kosten-)Intensität - erfordern.

Die Implementierung des präventiven Angebots Lernförderung in Schulen (*LeFis*) ist weiterhin eine Herausforderung. *LeFis* ist ein Gruppenangebot im Bereich der Lese- und Rechtschreibförderung an Grundschulen für Schülerinnen und Schüler der 3. und 4. Schulklasse. Damit verbunden ist das Ziel, durch eine an legasthenietherapeutischen Konzepten ausgerichtete Lernförderung während des Regelunterrichtes Ausgrenzung und Stigmatisierung vorzubeugen und so die Teilhabe der betroffenen Kinder zu erhalten. Dazu arbeiten verschiedene Systeme und Fachkräfte (Schule, Lerntherapeuten und Erziehungsberatung) zusammen. Seit 2014 wird *LeFis* regelmäßig an verschiedenen Grundschulen erfolgreich praktiziert. Im aktuellen Schuljahr 2021/2022 kommt *LeFis* an neun Schulen zum Einsatz. Weitere Schulen äußern Interesse an der Teilnahme an *LeFis*, aufgrund der Teilnahme an anderen Projekten oder Schwierigkeiten bei der Finanzierung war die Teilnahme jedoch nicht umsetzbar.

Zur Schulassistenz und weiterer Hilfen zur Schulbildung als Eingliederungshilfeleistungen in inklusiven Schulen im Landkreis Hildesheim hat der Kreistag in seiner Sitzung am 14.03.2018 ein Konzept beschlossen (Vorlage 313/XVIII). Dieses Konzept gilt für alle Schulassistenzleistungen auf Rechtsgrundlage des Sozialgesetzbuches VIII (SGB VIII) und

Sozialgesetzbuches IX (SGB IX). Hierbei handelt es sich um ein Beratungs- und Unterstützungsangebot zur Begleitung der Schulen auf ihrem Weg zur inklusiven Institution. Die sogenannte *Schulassistentenberater*innen* sind organisatorisch dem Jugendamt zugeordnet, gehören jedoch den Rechtskreisen SGB VIII und SGB IX an. Die Schulassistentenberater*innen sind für die Schulen in ihrer jeweiligen Region zuständig und sind dort regelmäßig präsent. Sie sind erste Ansprechpartner für Information, Aufklärung und Beratung zum Themenbereich Eingliederungshilfe für alle Beteiligten (Schule, Eltern, junge Menschen, Leistungserbringer usw.). Weiterhin nehmen Sie eine erste Bedarfseinschätzung bei den betroffenen jungen Menschen vor, bei denen eine Schulassistentenberatung für erforderlich gehalten wird. Sie nehmen eine Mittlerfunktion zu den jeweils zuständigen Leistungsträgern wahr. Ziel der Schulassistentenberatung ist es, die Schulen auf ihrem Weg zur inklusiven Beschulung fachlich zu begleiten und zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit den Anbietern von Schulassistenten sollen infrastrukturelle Lösungen (Poolbildung) am Lernort Schule gefunden werden, die im Ergebnis auch eine Abflachung der bisherigen Fall- und Kostensteigerung erreichen.

Ausblick

Für das Jahr 2023 ergeben sich für das wesentliche Produkt 363-005 Eingliederungshilfe folgende inhaltliche und organisatorische Schwerpunkte:

- Fortschreibung des Konzeptes Wirkung durch Steuerung (WISE) zur weiteren Qualitätsentwicklung
- Weiterentwicklung umfangreicher Steuerungsmaßnahmen, unter Berücksichtigung der durch eine Projektgruppe der IBN aktualisierten Handreichung gem. § 35a SGB VIII, insbesondere für den Bereich der Schulassistenten, damit die Eingliederungshilfe in der geeigneten und notwendigen Art und Weise so effektiv und effizient wie möglich wahrgenommen und erbracht werden kann
- Intensivierung der Anwesenheit und Arbeit der Schulassistentenberatung an den Schulen und an der Schnittstelle zu den Ämtern
- Berücksichtigung der Neuerungen, die sich aus dem KJSG ergeben
- Umsetzung einer Spezialisierung der Eingliederungshilfe zur intensivierten Steuerung
- spezialisierte Aufgabenwahrnehmung auf dem Gebiet der Schulassistenten
- Modifizierung und Verbesserung der standardisierten Teilhabeproofung und einer damit verbundenen intensiven Weiterqualifizierung der Mitarbeiter*innen
- Implementierung und Fortführung von Personalentwicklungsmaßnahmen im Jugendamt - Erziehungshilfe -, um insbesondere die Berufspraktikant*innen und Neueinsteiger*innen im Jugendamt spezifisch zu schulen
- Ausbau der Vernetzung mit den niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychiater*innen, der Jugendhilfe und den Schulen unter der Einbeziehung von HiBUZ
- regelmäßige Erstellung der Controllingberichte und fortdauernde Erörterung sowie planvolle Steuerung

Im Rahmen AG 78 Erziehungshilfe und weiteren Arbeitsgruppen und Ausschüssen mit freien und öffentlichen Trägern und Institutionen sowie mit den politischen Fraktionen werden Maßnahmen im Bereich der Hilfen Eingliederungshilfe abgestimmt.